Satzung des Vereins tabadul

Präambel

Der Verein orientiert sich an Grundwerten wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung, Demokratie und Völkerverständigung. Äußerungen von verfassungsfeindlichem Gedankengut sind nicht zugelassen.

§ 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein trägt den Namen "tabadul"
- (2) Er hat den Sitz in Berlin.
- (3) Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden.
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

- (1) Zweck des Vereins

Der Verein tabadul soll einen Austausch auf Augenhöhe zwischen Menschen verschiedener kultureller und sozialer Hintergründe ermöglichen. Geflüchtete Menschen sollen so behandelt werden, dass Sie die Chance haben, sich als Teil der Gesellschaft zu fühlen und dafür die nötigen Informationen in ihrer Erstsprache erhalten.

Tabadul unterstützt Geflüchtete beim Erwerb von deutschen Sprachkenntnissen und kulturell-spezifischem Hintergrundwissen in Form von audio-visuellen Präsentationen alltäglicher Situationen. Im Rahmen einer Mitarbeit in Teams bietet der Verein Geflüchteten erste Erfahrungen in einem interkulturellen Arbeitsumfeld und Hilfestellung zur Integration ins Arbeitsleben. Tabadul möchte somit den Erwerb der deutschen Sprache und den Zugang zur europäischen Kultur für Geflüchtete vereinfachen.

- (2) Verwirklichung des Zwecks

1. Bildungsveranstaltungen

Tabadul führt Bildungsveranstaltungen insbesondere im Bereich moderner Informations- und Kommunikationstechnologien durch.

Beispielsweise sollen Mitwirkende bei Partnerorganisationen (u.a. Flüchtlingsheime, Sprachschulen) geschult werden, um als AnsprechpartnerInnen für die Geflüchteten zur Verfügung zu stehen, was die Nutzung von internetbasierten Lerninhalten betrifft.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Tabadul bemüht sich um Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, Einfluss auf die öffentliche Meinung, Entscheidungsträger, Gesetzgebung und Verwaltung im Sinne des Vereinszwecks auszuüben. In der Kommunikation steht faktenbasierte Informationsvermittlung im Vordergrund. Dies soll zu einem ent-emotionalisierenden und lösungsorientierten Diskurs führen.

Beispielsweise erarbeiten wir in Zusammenarbeit mit Geflüchteten Blogartikel, die Gemeinsamkeiten von Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern hervorheben und einen positiven Diskurs demonstrieren. Darüber hinaus sind alle Blogartikel des Vereins tabadul zweisprachig Arabisch/Deutsch, um auch Geflüchtete mit arabischer Muttersprache und geringen Deutschkenntnissen zu erreichen und ihnen so wiederum den Erwerb der deutschen Sprache und den Zugang zur europäischen Kultur zu vereinfachen. Die Verbreitung der Artikel erfolgt über diverse Social Media Kanäle, um eine möglichst breite Zielgruppe zu erreichen.

3. Plattform

Tabadul stellt eine Plattform von freizugänglichen Informationen in der jeweiligen Muttersprache bereit in Bezug auf Sprache, Soziales, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Familie, Kultur mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnologien.

Zur Verwirklichung seines Satzungszweckes kann der Verein sich auch an gemeinnützigen Einrichtungen mit gleicher Zielsetzung ideell und finanziell beteiligen. Der Verein kann für die Verwirklichung seines Vereinszweckes auch Mittel für andere gemeinnützige Vereine oder Körperschaften öffentlichen Rechts beschaffen.

§ 3 Selbstlosigkeit

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und ist nicht auf wirtschaftlichen Gewinn ausgerichtet.

(2) Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Ordentliche Mitgliedschaft

(1) Natürliche Personen können ordentliche Mitglieder werden.

(2) Eine ordentliche Mitgliedschaft ist schriftlich oder per Email beim Vorstand zu beantragen, welcher darüber entscheidet.

(3) Die Aufnahme kann unter Angabe von Gründen, insbesondere durch verfassungswidrige politische Einstellungen sowie öffentliche Äußerung von rechtem Gedankengut, abgelehnt werden.

(4) Ordentliche Mitglieder haben Stimmrecht in der Mitgliederversammlung.

§ 5 Rechte und Pflichten für ordentliche Mitglieder

(1) Ordentliche Mitglieder sind verpflichtet, ihre Mitgliedsbeiträge fristgerecht einzuzahlen.

(2) Ordentliche Mitglieder sind verpflichtet, sich durch Projektarbeit aktiv an den Tätigkeiten des Vereins zu beteiligen.

(3) Ordentliche Mitglieder sind berechtigt, dem Vorstand Anträge zu unterbreiten.

(4) Ordentliche Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.

(5) Ordentliche Mitglieder verfügen über ein Stimmrecht bei Mitgliederversammlungen.

(6) Ordentliche Mitglieder haben keinen Anspruch an das Vermögen des Vereins oder auf Rückzahlung geleisteter Beiträge.

§ 6 Beendigung der ordentlichen Mitgliedschaft

Die ordentliche Mitgliedschaft erlischt

1) durch Tod.

2) durch Austritt aus dem Verein. Dieser ist unter Einhaltung einer sechswöchigen Kündigungsfrist zulässig. Ein Austritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erklären.

3) durch Ausschluss aus wichtigem Grund, unter anderem bei Äußerungen von verfassungsfeindlichem Gedankengut, bei Verstoß gegen die satzungsgemäßen Ziele oder wenn ein ordentliches Mitglied die Ziele des Vereins nicht mehr aktiv unterstützt.

Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Vor einer solchen Beschlussfassung ist dem Mitglied Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Stellungnahme zu geben. Der Beschluss ist zu begründen und dem Mitglied schriftlich zuzusenden. Eine Benachrichtigung per E-Mail gilt als schriftliche Benachrichtigung.

4) durch Ausscheiden, falls ein Mitglied mit seiner Beitragspflicht länger als drei Monate im Verzug ist.

§ 7 Fördernde Mitgliedschaft

(1) Natürliche und juristische Personen können Fördermitglieder werden.

(2) Eine fördernde Mitgliedschaft kann schriftlich oder per Email oder in sonstiger elektronischer Art und Weise beim Vorstand beantragen werden, welcher darüber entscheidet.

(3) Die Aufnahme kann unter Angabe von Gründen, insbesondere durch verfassungswidrige politische Einstellungen sowie öffentliche Äußerungen von rechtem Gedankengut, abgelehnt werden.

§ 8 Rechte und Pflichten der fördernden Mitglieder

(1) Fördernde Mitglieder haben kein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung, sie können jedoch mit beratender Stimme teilnehmen.

(2) Fördernde Mitglieder haben keinen Anspruch auf Antragsstellungen, auf das Vermögen des Vereins oder auf Rückzahlung geleisteter Förderbeiträge.

§ 9 Beendigung der fördernden Mitgliedschaft

Die fördernde Mitgliedschaft erlischt

1) durch Tod.

2) durch Austritt aus dem Verein. Dieser ist unter Einhaltung einer sechswöchigen Kündigungsfrist zulässig. Ein Austritt ist schriftlich oder per Email oder in sonstiger elektronischer Art und Weise gegenüber dem Vorstand zu erklären.

3) durch Ausschluss aus wichtigem Grund unter anderem bei Äußerungen von verfassungsfeindlichem Gedankengut oder bei Verstoß gegen die satzungsgemäßen Ziele. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand.

§ 10 Beiträge

(1) Beiträge für ordentliche Mitglieder: Der Mitgliedsbeitrag ist ein Jahresbeitrag, welcher zum 30. September vollständig für das kommende Geschäftsjahr fällig wird. Im laufenden Geschäftsjahr werden die Beiträge anteilig sofort fällig. Die Höhe der zu errichtenden Mitgliedsbeiträge wird einkommensabhängig ermittelt. Über die Ermittlungsgrundlage wird durch Beschluss entschieden. Über eine Veränderung der Beitragsfestsetzung entscheidet die Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit.

(2) Beiträge für fördernde Mitglieder: Über die Höhe zu erhebender Mitgliedsbeiträge von fördernden Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Über die entrichteten Beiträge wird eine Quittung erstellt.

§ 11 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- a) der Vorstand
- b) die Mitgliederversammlung

§ 12 Der Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern.

(2) Die Mitgliederversammlung wählt den Vorstand mit einfacher Mehrheit für die Dauer von einem Jahr. Die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist möglich. Die jeweils amtierenden Vorstandsmitglieder bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit im Amt, bis Nachfolger gewählt sind.

(3) Der Vorstand bestimmt seinen Vorsitz.

(4) Der Vorstand bzw. ein einzelnes Vorstandsmitglied kann jederzeit von einer Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit abgewählt werden.

(5) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern vertreten.

(6) Der Vorstand ist für die Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und für die satzungsgemäße Verwendung der dem Verein zufließenden Mittel verantwortlich.

(7) Vorstandssitzungen finden jährlich mindestens 2 mal statt. Die Einladung zu Vorstandssitzungen erfolgt durch E-Mail schriftlich unter Einhaltung einer Einladungsfrist von mindestens 10 Tagen.

(8) Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.

(9) Beschlüsse des Vorstands können bei Eilbedürftigkeit auch schriftlich oder fernmündlich gefasst

werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu diesem Verfahren schriftlich oder fernmündlich erklären. Schriftlich oder fernmündlich gefasste Vorstandsbeschlüsse sind schriftlich niederzulegen und von allen zu unterzeichnen.

§ 13 Schatzmeister

- (1) Die Buchprüfung obliegt dem Schatzmeister.
- (2) Der Schatzmeister wird vom Vorstand für ein Jahr bestimmt.
- (3) Der Schatzmeister legt der Mitgliederversammlung den Jahresabschluss vor.

§ 14 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Jahr statt.
- (2) Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt durch den Vorstand. Die Mitgliederversammlung muss schriftlich einberufen werden unter Wahrung einer Einladungsfrist von mindestens 2 Monaten. Die Tagesordnung wird zwei Wochen vor der Versammlung versendet. Eine Benachrichtigung per E-Mail gilt als schriftliche Einladung.
- (3) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder wenn mindestens 25 % der Mitglieder des Vereins schriftlich und unter Angabe des Zweckes und der Gründe einen solchen Antrag stellen.
- (4) Jede satzungsmäßig einberufene Mitgliederversammlung wird als beschlussfähig anerkannt ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder.
- (5) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse, sofern nicht anders vorgesehen, mit einfacher Mehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§ 15 Aufwandsersatz

- (1) Ordentliche Mitglieder – soweit sie vom Vorstand beauftragt wurden – und Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit für den Verein entstanden sind. Dazu gehören insbesondere Reisekosten, Porto und Kommunikationskosten.
- (2) Der Nachweis erfolgt über entsprechende Einzelbelege und ist spätestens 6 Wochen nach Ende des jeweiligen Quartals geltend zu machen.
- (3) Soweit für den Aufwandsersatz steuerliche Pauschalen und steuerfreie Höchstgrenzen bestehen, erfolgt ein Ersatz nur in dieser Höhe.

§ 16 Satzungsänderung

- (1) Für Satzungsänderungen ist eine 2/3-Mehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Vereinsmitglieder erforderlich. Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn sie Tagesordnungspunkt war und sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigefügt worden waren.
- (2) Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen

allen Vereinsmitgliedern unverzüglich schriftlich mitgeteilt werden.

§ 17 Beurkundung von Beschlüssen

Die in Vorstandssitzungen und in Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und vom Vorstand zu unterzeichnen.

§ 18 Auflösung des Vereins und Vermögensbindung

(1) Die Auflösung des Vereins kann nur durch eine zu diesem Zweck einberufene Mitgliederversammlung beschlossen werden. In der Einladung muss ausdrücklich auf die beabsichtigte Beschlussfassung hingewiesen werden.

(2) Die Auflösung des Vereins erfolgt auf Beschluss von 2/3 der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder.

(3) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt sein Vermögen an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung der Bildung geflüchteter Menschen. Über die Wahl entscheidet die Mitgliederversammlung.

Errichtungsdatum: 3. August 2016

Satzungsänderung: Vorstandsbeschluss nach §16 Absatz 2 aufgrund Beanstandung vom Amtsgericht Charlottenburg vom 18.10.2016

Satzungsänderung: Mitgliederversammlung aufgrund Beratung des Finanzamts für Körperschaften I vom 10.04.2017